



Die Zuhörer im prall gefüllten Lindenhof-Saal bekommen einen kämpferischen Oberbürgermeister zu hören. Patrick de La Lanne warnt Bremen vor langwierigen Gerichtsverfahren.

FOTO: THORSTEN KONKEL

Oberbürgermeister teilt gegen Straßenplaner aus Gutachter sieht fachliche Mängel in Behördenunterlagen

Ungewohnt heftig fielen die Angriffe von Patrick de La Lanne gegen die Landesstraßenbaubehörde aus. Bremen und die Wesermarsch warnte er vor einem langen juristischen Gezerre.

VON JENS T. SCHMIDT

DELMENHORST-GANDERKESEE.

Wie bei fast jeder Infoveranstaltung zum Thema B212neu ist auch bei der Bürgerkonferenz gestern Abend kaum ein Stuhl freigeblieben. Rund 200 Zuhörer, darunter zahlreiche Lokalpolitiker aus allen Parteien, drängten in den Saal der Gaststätte Lindenhof. Sie bekamen einen ungewohnt kämpferischen Rathauschef Patrick de La Lanne zu hören, der zum Frontalangriff auf die Straßenplaner und das Land Bremen übergang.

Was dem Oberbürgermeister offenbar gehörig gegen den Strich ging, war der kürzlich abgehaltene Erörterungster-

min, bei dem die Stadt ihre Bedenken vorgebracht hatte. „Man hat dort den Eindruck bekommen, dass für einige Beamte offenbar schon alles fertig ist“, echauffierte sich de La Lanne. Einmal in Fahrt, schrieb er Delmenhorsts Nachbarn ins Stammbuch: „Als Jurist weiß ich, dass solche Verfahren zehn, zwölf Jahre dauern können. Als Bremer oder Wesermarschler würde ich Delmenhorst ernst nehmen.“

Und Klagen gegen die umstrittene Südvariante sind bei den derzeit verhärteten Fronten eine wahrscheinliche Option. So kündigte Uwe Kroll von der Interessengemeinschaft B212neu nicht nur die Gründung eines eingetragenen Vereins, sondern auch die Gründung eines Klagefonds an. Auch inhaltlich will die IG sich auf juristische Schritte vorbereiten, unterstrich Kroll.

Hildegard Zeck aus dem zuständigen Landwirtschaftsministerium mahnte hingegen gemeinsame Lösungsversuche an. Ein Anwachsen des Verkehrs komme auf Delmen-

horst zu – egal welche Variante am Ende den Vorzug erhalte. „Zwölf Jahre vor Gericht – das darf nicht passieren, weil bis dahin der Verkehr fließt.“ Sie versicherte den Delmenhorstern, dass ihr Ministerium selbstverständlich für niedersächsische und nicht für Bremer Interessen einstehe werde. Das weitere Verfahren werde „akribisch und mit aktuellen Daten“ weitergeführt.

Umweltprüfer Dr. Joachim Hartlik, der im Auftrag der Stadt ein Gutachten zu artenschutzrechtlichen Auswirkungen der verschiedenen Trassen angefertigt hat, sah eine Reihe von fachlichen Mängeln im aktuellen Gutachten der Gegenseite. Die verschiedenen Varianten würden dort nicht gleichbehandelt. Es sei eine klare Tendenz zu Gunsten der Südvariante herauszulesen. „Obwohl zahlreiche Nachweise fehlen und vieles auf Vermutungen basiert, wird die Südvariante als zwingend bezeichnet. Das kann man so nicht machen“, zog Hartlik ein eindeutiges Fazit.